



Protokoll zum 11. Wasserforum Bayern

Am 22.7.2010 fand am Bayerischen Landesamt für Umwelt in München das 11. Wasserforum Bayern mit 51 Teilnehmern statt. Das Teilnehmerverzeichnis ist dem Protokoll beigelegt.

Themen des 11. Wasserforums waren die Umsetzung der WRRL im nationalen und internationalen Kontext, die Maßnahmenumsetzung entsprechend der Maßnahmenprogramme und das überarbeitete Internetangebot zur europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Daneben standen erstmals über die WRRL hinausgehende Themen – die europäische Hochwasserrisikomanagementrichtlinie (HWRMRL) sowie die neuen Wassergesetze WHG und BayWG – auf dem Programm.

1. Wasserrahmenrichtlinie – Umsetzung der WRRL national und international

Vortrag

Michael Becker (StMUG)

Diskussion

Schwärzke (BN / AK Wasser)

- Wie werden die Berater ausgewählt, die auf EU-Ebene die Berichte der einzelnen Mitgliedsländer überprüfen?

Becker (StMUG)

- Die Mitgliedsstaaten haben keinen Einfluss auf die Auswahl der Consultants. Kriterien werden auf jeden Fall Muttersprachlichkeit und Kenntnis der Verwaltungsstrukturen des jeweiligen Landes sein. Weitere Kriterien spielen mit Sicherheit eine Rolle, sind den Mitgliedsstaaten aber nicht bekannt.

Haimerl (BEW)

- Wie sehen die Sanktionsmöglichkeiten seitens der EU gegenüber den Mitgliedsstaaten aus?

Becker (StMUG)

- Wenn die Berichterstattung an die EU nur unzureichend erfolgt ist, konsultiert die Europäische Kommission den betreffenden Mitgliedsstaat. Der Mitgliedsstaat kann darauf mit relativ kurzer Frist antworten. Ggf. folgen ein zweites Schreiben mit Nachfragen der Kommission und eine zweite Reaktion des Mitgliedsstaats. Anschließend entscheidet die Kommission, ob ein Verfahren vor dem EuGH angestrengt wird. Der EuGH kann dann auch Sanktionszahlungen als Strafe festlegen.

Haimerl (BEW)

- Bis wann ist mit einem Abschluss des Prüf-Verfahrens durch die EU zu rechnen?

Becker (StMUG)

- Die Prüfung wird voraussichtlich nicht vor Herbst 2010 beginnen; Konsultationen sind daher erst 2011 zu erwarten. Da das Verfahren zum ersten Mal stattfindet, lassen sich genaue Zeitspannen derzeit jedoch noch nicht vorhersehen.

Binder (LfU)

- Wird man 2012 für den nächsten Bericht schon genug „Substanz“ haben? Ist der Zeitraum nicht sehr knapp? Wird man in diesem Bericht nicht nur schreiben können, was vorgesehen ist?

Becker (StMUG)

- Es ist bereits recht viel Information über die Umsetzung der Maßnahmenprogramme vorzuweisen. Zum Beispiel ist einiges durch die staatliche Wasserwirtschaftsverwaltung umgesetzt worden, sodass es durchaus ausreichend Inhalte für den Bericht 2012 geben wird.

Schick (LFV)

- Es wurden bereits viele Projekte in Angriff genommen; teilweise gibt es hervorragende Teilprojekte. Jedoch fehlt eine einigermaßen konkrete durchgehende Planung. Es gibt viele Lücken zwischen einzelnen Maßnahmen. Eine Gesamtplanung ist vonnöten, damit in diese Lücken keine Elemente hineinstoßen, die der weiteren Umsetzung der Maßnahmen schaden.

Becker (StMUG)

- Dieser Punkt wird im weiteren Verlauf der Veranstaltung besprochen werden und sollte an geeigneter Stelle nochmals aufgegriffen werden.

Schweiger (E-Werk Schweiger)

- Die Wasserkraft nimmt in der Energiegewinnung eine Spitzenstellung ein; sie ist CO₂-neutral, ressourcenschonend und kostengünstig. Es treten jedoch Zielkonflikte mit der Ökologie auf. Die Vertreter der Ökologie begleiten den Prozess der WRRL-Umsetzung intensiv. Besteht nicht die Gefahr, dass die Betrachtung einseitig wird, da der energiewirtschaftliche Aspekt nicht genügend Beachtung findet? So müsste z.B. das Wirtschaftsministerium bei der WRRL-Umsetzung stärker eingebunden werden.

Becker (StMUG)

- Im Energie-Bereich gibt es in Deutschland bisher nur politische Vorgaben, die aber (noch) keinen Eingang in gesetzliche Vorschriften gefunden haben. Es gibt folglich kein Gesetz, dass den Gewässerausbau im Hinblick auf Energiewirtschaft vorgibt. Der WRRL zufolge gibt es jedoch Ausnahmen: Bei konkreten Vorhaben kann festgestellt werden, dass ökologische Gesichtspunkte und Energiegewinnung verträglich sind. In diesem Fall steht der Energiegewinnung nichts entgegen. Dies ist im Wassergesetz auch so verankert.

2. Wasserrahmenrichtlinie – Aktuelles zum Internetangebot

Vortrag

Dr. Franz Rothmeier (LfU)

Diskussion

Keine Diskussion

3. Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässerstruktur in Oberflächengewässern – Bedeutung von Gewässerentwicklungskonzepten, Umsetzungskonzepten, Strahlwirkung

Vortrag

Alexander Neumann (LfU)

Diskussion

Diskussion erst nach dem folgenden Vortrag.

4. Maßnahmen zur Verbesserung der biologischen Durchgängigkeit in Fließgewässern – Stand und weiteres Vorgehen beim Durchgängigkeitskonzept

Vortrag

Benno Strehler (StMUG)

Diskussion

Schick (LFV) [zu Vortrag 3]

- Umfassen die Umsetzungskonzepte den ganzen Fluss oder nur Teilstücke?

Neumann (LfU)

- Die Umsetzungskonzepte sind auf Wasserkörper ausgerichtet; sie umfassen den gesamten Flusswasserkörper.

Orschler (VBEW)

- Handelt es sich bei dem Umsetzungskonzept, dass sowohl im Vortrag von Hr. Neumann als auch im Vortrag von Hr. Strehler erwähnt wurde, um dasselbe?

Neumann (LfU)

- Ja, es handelt sich um dasselbe Konzept. Das Umsetzungskonzept umfasst die hydromorphologischen Maßnahmen, und dazu zählt auch die Durchgängigkeit.

Strehler (StMUG)

- Es kann selbstverständlich vorkommen, dass in einem Umsetzungskonzept nur die Durchgängigkeit betrachtet wird, wenn beispielsweise bereits ein guter Zustand besteht und die Durchgängigkeitsmaßnahme als Maßnahme für das Erreichen eines guten Zustands in einem anderen Wasserkörper des Gewässerkontinuums dient.

Beckmann (Wasser- und Schifffahrtsdirektion Süd) [zu Vortrag 4]

- Auf welcher Basis werden Maßnahmen zur Herstellung der Durchgängigkeit an Bundeswasserstraßen im bayerischen „Strategischen Durchgängigkeitskonzept“ begründet?

Strehler (StMUG)

- Das Durchgängigkeitskonzept berücksichtigt die Durchgängigkeit nach WRRL; vorrangig geht es somit um Fisch-Durchgängigkeit. Basis sind tatsächlich gemessene Fisch-Daten.

Pöhler (BEW) [zu Vortrag 4]

- 1. Wann ist der Abschluss der Durchgängigkeitsmaßnahmen an der Donau vorgesehen?
- 2. Es gibt Möglichkeiten, Maßnahmen an Kraftwerken durch die Vergütung im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) zu finanzieren. – Welche Vorstellungen gibt es zur Finanzierung von Durchgängigkeitsmaßnahmen an Wasserkraftwerken > 5 MW?
- 3. Eine Reaktivierung der Dialog-Arbeitsgruppe wäre für den Austausch von Erfahrungen sinnvoll.

Strehler (StMUG)

- Zu 1.) Zum Zeitplan: Nach der bisherigen Beschäftigung mit den fachlichen Grundlagen folgt nun die Umsetzung;
- Zu 2.) Derzeit ist nicht angedacht, über die Möglichkeiten des EEG hinaus eigene Finanzierungsmodelle umzusetzen.
- Zu 3.) Die Dialog-Arbeitsgruppe kann auch für die Konzeptionierung von Umsetzungsmaßnahmen die Plattform sein.

Pöhler (BEW) [zu Vortrag 4]

- Es gibt verschiedene Umsetzer, aber auch Nutzer von Staustufen, z.B. hat der Staat für flussbauliche Sanierungen mitfinanziert. Wird dies bei der Entscheidung, wer jeweils die Kosten tragen muss, berücksichtigt?

Strehler (StMUG)

- Auf diese Frage gibt es bislang keine Antworten.

Binder (LfU) [zu Vortrag 3]

- Eine Anmerkung zum Konzept der Strahlwirkung: Dieses kann so interpretiert werden, dass durch die punktuellen Maßnahmen insgesamt weniger gemacht werden müsse als bei Maßnahmen am gesamten Wasserlauf. Jedoch kann das Konzept auch so interpretiert werden, dass bei den Einzelmaßnahmen besonders viel erreicht werden müsse – etwa nach Möglichkeit ein „sehr guter“ und nicht nur ein „guter“ Zustand.

- Wassertemperaturen (heiße Sommer) haben einen großen Einfluss auf die Fische; hierdurch hervorgerufene Schwankungen müssen bei den Untersuchungen berücksichtigt werden.
- Es sollte eine „Expertengruppe Naturschutz/Wasserwirtschaft“ zum Thema Biodiversität eingerichtet werden: Biodiversitäts-Fragen wie z.B. die Auswirkungen invasiver Arten auf autochthone Arten dürfen nicht vernachlässigt werden.

Neumann (LfU):

- Vielen Dank für diese Anregungen.

Nethövel (Wasser- und Schifffahrtsdirektion Süd) [zu Vortrag 3]

- Bis wann wird das Umsetzungskonzept stehen?

Neumann (LfU):

- Es gibt nicht *ein* Umsetzungskonzept, sondern für jeden Flusswasserkörper ein eigenes. Schon jetzt – also parallel zur Aufstellung der Umsetzungskonzepte – werden Maßnahmen durchgeführt. Die ersten Umsetzungskonzepte dürften im Frühjahr nächsten Jahres vorliegen.

Nethövel (Wasser- und Schifffahrtsdirektion Süd) [zu Vortrag 3]

- Wie sieht die Beteiligung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes aus?

Neumann (LfU):

- Diese wird bei der fachlichen Umsetzung einbezogen.

Becker StMUG)

- Nach dem neuen WHG gibt es eine eigene Zuständigkeit des Bundes; die genaue Abstimmung der Schnittstellen zwischen Bund, den Ländern und den Wasserkraftbetreibern an den Bundeswasserstraßen steht jedoch noch aus. Der Bund könnte in Vorleistung treten und Umsetzungskonzepte für Bundeswasserstraßen aufstellen.

Nethövel (Wasser- und Schifffahrtsdirektion Süd)

- Als Verantwortliche für die wasserwirtschaftliche Unterhaltung von Bundeswasserstraßen möchten wir klar stellen, dass wir uns unserer Aufgabe nicht entziehen. Für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ist aber weiterhin das Land zuständig. Die Meinungsverschiedenheit, ob der Bund auch für den wasserwirtschaftlichen Ausbau verantwortlich ist, wie von den bayerischen Behörden angenommen, bleibt noch zu klären.

Raith (StMUG)

- Die Umsetzungskonzepte werden i. d. R. im ersten Entwurf von den Fachleuten aufgestellt und im Weiteren mit der Öffentlichkeit, den beteiligten Verbänden etc. diskutiert. In welcher Art und Weise dies geschieht, hängt vom Einzelfall ab.

Schwäricke (BN)

- Wird wg. der Umsetzung der Aal-Richtlinie beim Main der Durchgängigkeit eine andere Priorität eingeräumt als bei der Donau?

Strehler (StMUG)

- Das Konzept zur Aal-Durchgängigkeit hat insgesamt eine hohe Priorität. Wegen der räumlichen Gegebenheiten muss zunächst die Durchgängigkeit von dem Rhein in den Main hergestellt werden; hier ist Hessen zuständig.

Schwäricke (BN)

- Hr. Rothmeier hat in seinem Vortrag festgestellt, dass das Durchgängigkeitskonzept im Internet-Angebot auf einer unteren Ebene angesiedelt sei. Warum ist dies bei einem so zentralen Konzept der Fall?
- Wird der Masterplan weiter als Hintergrunddokument geführt?

Rothmeier (LfU)

- Das Durchgängigkeitskonzept steht nicht auf einer unteren Ebene, sondern auf derselben Ebene wie die Hintergrunddokumente im Menüpunkt „Programme / Konzepte“.
- Die bisher als „Masterplan“ bezeichneten Studien werden nicht als Hintergrunddokument geführt, da sie als Basis für den Bewirtschaftungsplan zum Zeitpunkt der Aufstellung nicht

vorlagen. Die nun als „Studien zur biologischen Durchgängigkeit“ bezeichneten Dokumente können ebenfalls unter „Programme / Konzepte“ aufgerufen werden.

Schwäricke (BN)

- Man hatte doch bisher immer auf den Masterplan als Hintergrunddokument gewartet, um dann weiterarbeiten zu können.

Becker (StMUG)

- Das stimmt so nicht; z.B. für den Main wurde mit dem Durchgängigkeitskonzept begonnen, obwohl die Studie zur biologischen Durchgängigkeit für die großen Wasserkraftanlagen hier noch fehlt. Es wurde immer darauf verwiesen, dass die verschiedenen Dokumente, nämlich das Durchgängigkeitskonzept Bayern, das des Bundes für die Bundeswasserstraßen und die Studien der Kraftwerksbetreiber, zu einem späteren Zeitpunkt zusammengefügt werden müssten.

Orschler (VBEW)

- Es stellt sich zum einen die Frage, was an bestehenden Anlagen geändert werden kann, und zum anderen, unter welchen Voraussetzungen neue Anlagen gebaut werden können: Neue Anlagen sind nur möglich, wenn dabei die Durchgängigkeit gewährleistet werden kann. Gesamtziel ist, alle Anlagen durchgängig zu gestalten. Die Wasserkraftwerke haben angeboten, an Anlagen, wo zusätzlicher Energiegewinn möglich ist, bereits Maßnahmen durchzuführen, noch bevor man dazu „gezwungen“ ist.

5. Maßnahmen zur Reduzierung der stofflichen Belastungen im Bereich der Abwasserentsorgung

Vortrag

Erich Englmann (StMUG)

Diskussion

Diskussion erst nach dem folgenden Vortrag.

6. Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft

Vortrag

Friedrich Nüßlein (LfL)

Diskussion

Schick (LFV) [zu Vortrag 5 und 6]

- Zu den Gewässerrandstreifen: Die Praxis sieht oft anders aus als die Theorie. An sich werden die Gewässerrandstreifen gefördert, die Landwirte also entschädigt. Werden die entsprechenden Flächen jedoch mit Mais bepflanzt, verdienen die Landwirte damit ein Vielfaches, v.a. aufgrund des Bioenergie-Booms.
- Im Allgemeinen lässt sich feststellen, dass Äcker entlang von Gewässern nicht in Grünland umgewandelt werden. Entgegen der von Hr. Nüßlein dargestellten Projekte ist in der Realität eher das Gegenteil der Fall.
- Zum Vortrag 5: Medikamentenrückstände werden von keiner Kläranlage aufgefangen. Was geschieht bspw. im Bereich endokrin wirksamer Stoffe?

Nüßlein (LfL)

- Zu den Gewässerrandstreifen: Es findet insgesamt ein Umdenken bei den Landwirten statt; das zumindest ist die Rückmeldung der landwirtschaftlichen Berater.

Englmann (StMUG)

- Das Thema der Stoffeinträge durch Medikamentenrückstände in Gewässern findet Beachtung; es wird derzeit ein Stoffflussmodell für ausgewählte Mikroverunreinigungen erstellt. Wenn diese Bestandsaufnahme – voraussichtlich im kommenden Jahr – vorliegt, wird über die Notwendigkeit entsprechender Maßnahmen zu entscheiden sein.

- Es gibt keine Richtlinie dazu, in welchem Umfang diese Stoffe im Gewässer erlaubt sind.

Raith (StMUG) [zu Vortrag 6]

- Gibt es im Rahmen der flächendeckend in Bayern angebotenen KULAP-Förderung konkrete Planungen, diese speziell für die Umsetzung der WRRL zu nutzen?

Nüßlein (LfL)

- Bisher gibt es keine konkreten Konzepte, um KULAP speziell für die Umsetzung der WRRL zu nutzen; dies wäre aber sinnvoll.

Erhardsberger (BBV) [zu Vortrag 6]

- KULAP wird von vielen Landwirten genutzt; die Finanzierung von KULAP sollte daher wie bisher aufrecht erhalten werden.
- Aufgrund der Bioenergie-Problematik – Landwirte erwirtschaften relativ hohe Gewinne etwa beim Mais-Anbau – wird tatsächlich teilweise Grünland in Ackerland umgebrochen, allerdings nicht flächendeckend und generell. In anderen Bundesländern ist die Situation diesbezüglich bedeutend schlechter.
- Pauschal die Grünrandstreifen als zwingende Maßnahme einzuführen, hätte mit der Aufgabe der Freiwilligkeit auch weniger scharfe Maßnahmen (also nur noch das Verbot von Umbruch von Grünland in Ackerland) bedeutet.
- Eine Kombination von Gewässerrandstreifen mit Ausgleichsmaßnahmen im Naturschutz könnte helfen, KULAP-Mittel zu sparen.

Nüßlein (LfL)

- Ich bin ebenfalls der Ansicht, dass die Aufgabe der Freiwilligkeit bei den Grünrandstreifen nicht die von uns gewünschte Wirkung gehabt hätte.

Braun (Regierung von Schwaben)

- In den Landkreisen Donau-Ries und Ansbach ist der Grünlandverlust dramatisch; dies hängt offenbar zusammen mit den besonders vielen Biogasanlagen in dieser Gegend.

Schweiger (E-Werk Schweiger)

- Man möchte erneuerbare Energien fördern, stößt dabei aber auch auf Probleme, wie die letzten Beiträge zur Bioenergie-Gewinnung aus landwirtschaftlichen Produkten zeigen. Die Wasserkraft nimmt in diesem Zusammenhang eine hervorragende Stellung ein.

7. Die europäische Hochwasserrisikomanagementrichtlinie – Einführung in die HWRM-RL und deren Umsetzung in Bayern

Vortrag

Christian Leeb (StMUG),
Gabriele Merz (LfU)

Diskussion

Haimerl (BEW)

- Wenn Flächen bei HQ_{100} nicht betroffen sind, geht man dann bei HQ_{extrem} von einem Deichbruch aus?

Leeb (StMUG)

- Nein, es wird nicht mit einzelnen Deichbruchszenarien gerechnet. Es gilt jedoch das Szenarium, wonach die Existenz der Deiche vollständig ausgeblendet wird. Berechnungsszenarien für einzelne Deichbrüche erscheinen nicht zielführend.

Müller (VWB)

- Wie sehen die Planungen zur Einbindung der Wasserkraft in die Hochwasserschutzmaßnahmen aus?

Leeb (StMUG)

- Die TU München erstellt derzeit in unserem Auftrag ein Gutachten in dem auch verbesserte „Steuerstrategien für Stauanlagen untersucht werden; Ergebnisse liegen noch nicht vor. In der

Managementplanung ist dann konkret vor Ort zu klären, wer in die Planungen eingebunden wird (z.B. Landwirtschaft und/oder Wasserkraft). Ob es bspw. sinnvoll ist, vor Ort ein bestimmtes Gebiet bei einem HQ_{extrem} als Überflutungsgebiet im Notfall freizuhalten wird jeweils im Rahmen der Managementplanung geklärt.

Schwäricke (BN)

- Gibt es Überlegungen zu Deichrückverlegungen?

Leeb (StMUG)

- Das ist Bestandteil der TU-Untersuchung, wobei Deichrückverlegungen für die großen Hochwasser im Allgemeinen vergleichsweise wenig effektiv sind.

Haimerl (BEW)

- Was wird im Rahmen der Richtlinie getan, damit die jetzt festgesetzten Überschwemmungsgebiete mit ihren bei den Berechnungen angesetzten Retentionskapazitäten langfristig erhalten bleiben?

Leeb (StMUG)

- Auch dies ist Sache der Managementplanung, der lokal Verantwortlichen. Wo man weiß, dass besiedelte Gebiete bei einem Extremhochwasser überflutet würden, muss darüber nachgedacht werden, evtl. alternative Flächen zu fluten. Konflikte mit der Landwirtschaft sind hier zu erwarten.

Lintzmeyer (VzSB)

- Welche Rolle spielt die Versicherungswirtschaft?

Leeb (StMUG)

- Die Versicherungswirtschaft bringt sich ein und wird beteiligt. Es gibt durchaus ein Interesse der Versicherungswirtschaft, Menschen in den hochwassergefährdeten Gebieten zu versichern. Es existieren jedoch häufig überflutete Gebiete, in denen die Versicherungswirtschaft (auch jetzt schon) eine Versicherung verweigert. Eine Ausweisung von Siedlungsgebieten in Überschwemmungsgebieten bis HQ₁₀₀ ist im Allgemeinen nicht mehr vorgesehen.

8. Die neuen Wassergesetze – neue und unveränderte Regelungen im neuen WHG und BayWG

Vortrag

Ulrich Drost (StMUG)

Diskussion

Beran (LBV)

- Welche Vorgaben gibt es bzgl. Gewässerrandstreifen bei Gewässern 3. Ordnung?

Drost (StMUG)

- Im Rahmen von Gewässerentwicklungskonzepten können Gewässerrandstreifen bei Gewässern 3. Ordnung vorgesehen werden. Bewirtschaftungsmaßnahmen können von Anliegern verlangt werden.

Lintzmeyer (VzSB)

- Zum Gewässereigentum: Kann der Grundbesitzer einer Quelle das Eigentum z.B. verpachten? Wem gehört eine Quelle?

Drost (StMUG)

- Die Quelle gehört zum Grundwasser; das abfließende Wasser ist eigentumsfrei und wird staatlich bewirtschaftet. Der Grundstückseigentümer hat keinen rechtlichen Anspruch auf dieses Wasser.

Lintzmeyer (VzSB)

- Bsp. Walchensee: Muss ein Wasserkraftnutzer dem Eigentümer (in diesem Fall dem Staatsforst) eine Nutzungsgebühr zahlen?

Drost (StMUG)

- Ja, im Fall des Walchensees zahlt E.ON eine entsprechende Gebühr. Rechtlich ist dies seit dem 1. März 2010 eine Grundstücksnutzung; denn auch der Staat kann keinen Besitz am Wasser begründen.

Lintzmeyer (VzSB)

- Ist der Restwasserleitfaden jetzt hinfällig?

Drost (StMUG)

- Nein, der Restwasserleitfaden ist nicht hinfällig. Er wird jedoch in nächster Zeit zu ergänzen sein, da bisher das Erneuerbare-Energien-Gesetz hier noch keine Beachtung findet.
- Bei der Neuerteilung einer wasserrechtlichen Zulassung nach Ablauf der bisherigen Bewilligung für Wasserkraftanlagen < 500kw – nur für diese Fallgestaltung gilt der Restwasserleitfaden – muss in Rahmen der Verhältnismäßigkeit die Wirtschaftlichkeit des Weiterbetriebs unter Berücksichtigung des Eingriffs in einen ausgeübten und eingerichteten Gewerbebetriebs gemäß Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG Beachtung finden.

Lintzmeyer (VzSB)

- Gewässerrandstreifen haben eine hohe ökologische Bedeutung, sollten diese nicht vielleicht in Zukunft als cross-compliance-Flächen betrachtet werden?

Drost (StMUG)

- Dafür bräuchte man eine EU-rechtliche Vorgabe. Die einzige EU-Vorgabe ist bisher die 3-m-Abstand-Regelung nach der Nitratrichtlinie. Insofern sind die Mitgliedsstaaten hier bisher nicht gebunden.

Schwäricke (BN)

- Der BN kritisiert die Gewässerrandstreifen-Regelung und deren Umsetzung in Bayern sowie den Ablauf des Anhörungsverfahrens bei der Trinkwasserschutzgebiets-Regelung. Warum bekommen in Bayern die Bauern Geld für etwas, was in anderen Ländern einfach gesetzliche Vorgabe ist? Das bedeutet keine Gleichbehandlung.

Drost (StMUG)

- In den einzelnen Ländern gibt es sehr unterschiedliche Regelungen; z.B. existiert in Niedersachsen überhaupt keine Gewässerrandstreifen-Regelung für Gew. III. Allgemein ist die Bayerische Position, dass die Gewässerrandstreifen eine länderspezifische Angelegenheit sind. Die entsprechende Regelung des Bundes für Gewässerrandstreifen wurde in Bayern abgelehnt als fachlich nicht sinnvoll; so wird nach der Bundes-Regelung nicht zwischen Randstreifen an Gewässern 1. oder 3. Ordnung unterschieden. In Bayern hat man nun eine Regelung, die man als besser ansieht.
- Die von den Sachverständigen erhobenen Einwände gegen den Entwurf eines neuen BayWG wurden, soweit sie von den Abgeordneten des Landtags übernommen worden sind, im Landtag im Rahmen einer sechsstündigen Plenardebatte zu dem neuen Wassergesetz erörtert.

Erhardsberger (BBV)

- Auch in Bayern müssen die Bauern einen Abstand von 3 m einhalten, dürfen nicht bis an die Gewässer anbauen und düngen. Dies ist bundesweit einheitlich geregelt.

9. Ergebnisse und Ausblick

Dr.-Ing. Martin Grambow
(StMUG)

In vielen Punkten ist man sich bereits einig: Bei den Trinkwasserschutzgebieten und den Gewässerrandstreifen erwarten wir, dass man massiv vorankommt; was man mit Geld regeln konnte, wurde geregelt. Jedoch kann dies keine Einbahnstraße sein: Wenn man dem Bürger erhöhte

Leistungen als Ausgleich für eine Last anbietet, dann muss damit auch Frieden sein – sonst braucht man die Regelung nicht.

Die Gewässerrandstreifenregelung ist ein bedeutendes Thema; die Regelung in Bayern halten wir für fachlich vorbildlich, weil sie im Gegensatz zum Bundesgesetz verschiedene landwirtschaftliche Maßnahmen abdeckt. Im Rahmen des Wasserforums Bayern sollte dieses Thema auch weiterhin kritisch und angemessen diskutiert werden. Die Rolle der Landwirtschaft besteht darin, über das Instrument KULAP Beiträge zu leisten. Die Nichteinhaltung der 3-m-Abstand-Regelung muss aufhören – durch Beratung, Ausgleichszahlungen und Erwerb von Uferstreifen.

Die „sunset“-Klausel im Bayerischen Wassergesetz macht dieses Thema noch dringlicher: Bis Ende des Jahres sind Hinweise auf den Erfolg des Systems vonnöten, um sich eine Diskussion darüber zu ersparen.

Eine gute Gewässerqualität bleibt unser oberstes Ziel.

Das Wasserforum sollte sich weiter transformieren von einem Informations- zu einem Diskussionsforum – hin zu einem „Ideeengeber“.

Es stellt sich außerdem die Frage, ob man weiterhin in diesem Forum Themen besprechen möchte, die über die WRRL hinausgehen, wie die HWRMRL.

- Herr Beran (LBV) merkt zur HWRMRL an, dass in diesem Fall mögliche Dopplungen mit anderen Gremien im Auge behalten werden sollten.
- Allgemein gibt es keine Gegenstimmen zum Vorschlag von Herrn Dr. Grambow.

Hof, den 28.07.2010

Für das Protokoll
Sophie Müller

Abkürzungen:

ANL	Akademie für Naturschutz u. Landschaftspflege
BBV	Bayerischer Bauernverband
BEW	Bayerische Elektrizitätswerke GmbH
BN	Bund Naturschutz
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EuGH	Europäische Gerichtshof
HWRMRL	Europäische Hochwasserrisikomanagementrichtlinie
KULAP	Bayerisches Kulturlandschaftsprogramm
LBV	Bayerischer Landesbund für Vogelschutz
LFV	Bayerischer Landesfischereiverband
LfL	Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft
StMUG	Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit
StMWIVT	Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
VBEW	Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft
VCI	Verband der Chemischen Industrie
VWB	Vereinigung Wasserkraftanlagen Bayern
VzSB	Verein zum Schutz der Berge

Anlage zum Protokoll:

Teilnehmerverzeichnis 11. Wasserforum Bayern am 22.07.2010

Nr.	Name	Vorname	Institution
1	Becker	Michael	StMUG
2	Beckmann	Thomas	Wasser- und Schifffahrtsdirektion Süd
3	Beran	Helmut	Landesbund für Vogelschutz
4	Binder	Walter	LfU
5	Birkel	Ingrid	GeoProjekt
6	Bouffard*	Antoine	StMUG (Praktikant)
7	Braun	Jochen	Regierung von Schwaben
8	Brunner	Bernhard	Regierung von Mittelfranken
9	Drost	Ulrich	StMUG
10	Englmann	Erich	StMUG
11	Erhardsberger	Martin	Bayerischer Bauernverband
12	Fischbacher	Wolfgang	Rhein-Main-Donau AG
13	Göttle, Prof. Dr.-Ing.*	Albert	LfU
14	Grambow, Dr.*	Martin	StMUG
15	Grebmayer	Thomas	LfU
16	Gröbmaier*	Wolfgang	LfU
17	Haas, Dr.	Bettina	StMUG
18	Haimerl, Dr.	Gerhard	Bayerische Elektrizitätswerke GmbH
19	Kaerlein	Marie	Dt. Verband für Landschaftspflege
20	Knübel	Antonia	LfU
21	Kolbinger, Dr.	Andreas	StMUG
22	Kring	Mathias	IHK Schwaben
23	Leeb	Christian	StMUG
24	Lintzmeyer, Dr.	Klaus	Verein zum Schutz der Bergwelt
25	Lucas, Dr.	Joachim	VCI Landesverband Bayern
26	Merz	Gabriele	LfU
27	Möller	Jörn-Helge	VBEW
28	Müller	Sophie	LfU
29	Müller	Michael	VBW
30	Nethövel, Dr.	Petra	Wasser- und Schifffahrtsdirektion Süd
31	Neumann*	Alexander	LfU
32	Nüßlein	Friedrich	LfL
33	Orschler	Christian	E.ON Wasserkraft GmbH / VBEW e.V.

34	Pöhler, Dr.	Frank	Bayerische Elektrizitätswerke GmbH
35	Raith	Walter	StMUG
36	Riehl	Stefanie	Akademie für Naturschutz u. Landschaftspflege (ANL)
37	Röder	Anna	Arbeitsgemeinschaft Natur- u. Umweltbildung Bayern
38	Rothmeier, Dr.	Franz	LfU
39	Schick*	Franz Josef	Landesfischereiverband Bayern
40	Schnell	Johannes	Landesfischereiverband Bayern
41	Schoberer	Raimund	Regierung der Oberpfalz
42	Schütter	Joachim	StMUG
43	Schwaiblmair	Stephan	StMUG
44	Schwäricke	Renate	Bund Naturschutz
45	Schweiger	Fritz	E-Werk Schweiger
46	Schweigert	Susanne	LfU
47	Seitz, Dr.	Gunther	Regierung von Niederbayern
48	Stöcklein	Karl-Hermann	Wasser- und Schifffahrtsamt Regensburg
49	Strehler*	Benno	StMUG
50	Wagner	Hans	Alzwerke GmbH
51	Wolf	Albert	StMWIVT

*zeitweise